

**Beantwortung der Wahlprüfsteine  
des LSVD e.V.**

Antwort zur Frage 1.1.)

Obgleich DIE LINKE grundsätzlich das Vorhaben des Aktionsplanes begrüßt hat, so gehörte sie auch von Beginn an zu den Kritiker\*innen der Ausgestaltung. Mit maximalem Jahresbudget von 50.000 € ist der Aktionsplan in Schleswig-Holstein das am schlechtesten ausfinanzierte Vorhaben dieser Art in der Bundesrepublik. Andere Länder nehmen hierbei sogar Millionenbeträge in die Hand. DIE LINKE fordert daher eine finanzielle Grundlage von nicht weniger als 250.000 € im Jahr. Für die Akzeptanz von queeren Menschen in Schleswig-Holstein bedarf es mehr Mittel, als nur die Stadt Kiel beispielsweise für Tierheime aufwendet.

DIE LINKE begrüßt dabei sehr, dass nach einigen Irrungen in der Dialogstruktur die Landesregierung begonnen hat, einen „Runden Tisch“ mit allen maßgeblichen LSBTIQ\* Akteur\*innen im Land zu initiieren. Dieses Vorhaben will DIE LINKE mit Hauptamtlichkeit institutionalisieren.

zu 1.2.)

Gerade um den Aktionsplan in seiner Betreuung und Umsetzung verbindlich zu begleiten und zu professionalisieren, strebt DIE LINKE eine (Wieder-)Einrichtung eines „Referats für die Vielfalt sexueller Identitäten“ in einem Landesministerium an.

zu 2.1.)

Ob Geflüchtet oder mit anderem Migrationshintergrund: Das Coming Out, die sexuelle Identität ist auch von kulturellen Hintergründen geprägt und bedarf bei Problemen einer zielgruppenspezifischen Hilfestellung. Diese einfache Tatsache ist vielfach noch nicht verstanden worden. Wir begrüßen daher außerordentlich entsprechende ehrenamtliche Projekte, wie es sie beispielsweise bei der Haki gibt. Hier braucht es mehr Engagement um auch in Behörden zu sensibilisieren, wo man von Asylsuchenden verlangt sich im ersten Gespräch zu outen, nachdem sie sich u.U. in ihrem Herkunftsland Jahrzehnte penibel versteckt und verstellt haben.

Ansonsten gilt für uns der Grundsatz, dass es keinerlei Grund geben darf, dass jemand Gewalt, Bedrohung oder Herabwürdigung aufgrund seiner sexuellen Identität erleidet. Jeder Mensch hat hierbei ganz gleich wann oder wo, den Schutz und die Fürsorge unseres Rechtsstaates verdient. Entsprechend ist auch in Unterkünften und anderen Stellen zu handeln.

Auch ein respektvoller Dialog mit den in Schleswig-Holstein vertretenen Religionsgemeinschaften gehört für uns dazu. Vielfach sind sie Anker und Ausdruck kultureller Identitäten. Sie haben eine entscheidende Mitverantwortung, ein allgemeines Klima von Verständnis und Akzeptanz von Vielfalt zu fördern und zu erhalten.

zu 3.1.)

Mit guter Bildung legen wir den Grundstein für Menschen, die empathisch, tolerant und aufgeklärt sind. Es kann nicht sein, dass eine Vermittlung der Vielfalt des Menschen in Bildungseinrichtungen immer noch zu kurz kommt.

Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss gefördert werden. Das ehrenamtlich getragene "SchLau"-Projekt leistet mit seinem Ansatz der "peer education" wichtige Arbeit. Dieses Projekt muss durch das Land verstärkt gefördert und ausgebaut werden, um möglichst flächendeckend an Schulen eingesetzt zu werden. Außerdem gehören alternative Lebensentwürfe in Lehrpläne und Schulbücher. Hierfür sollte ein Auftrag an eine Fachstelle gehen. Wir wollen möglichst viele Lehrkräfte und sozialpädagogisch Tätige schulen, Gewalt aufgrund von Homo- und Transphobie wahrzunehmen und zu begegnen.

Ein wenig beachtetes Versagen von Landessozialministerin Kristin Alheit (SPD) war, dass ihr das Vorhaben, entsprechende Unterrichtsmaterialien zu entwickeln, misslungen ist. Einerseits weil die Beauftragung halbherzig war, andererseits weil sie vor im Hintergrund aufbrandendem Widerstand eingeknickt ist.

zu 4.1.)

Wir würden das Vorhaben die Landesverfassung zu ergänzen unterstützen. Das entsprechende nicht im Grundgesetz nicht erfolgt ist, ist nach wie vor ein Signal an homophobe Menschen, dass ihr Hass weniger schlimm sei, als beispielsweise offener Rassismus. Dem gilt es sich entschieden zu widersetzen.

zu 5.1.)

Wir würden gemeinsam mit Polizei- und Strafverfolgungsbehörden gerne am Runden Tisch darüber sprechen in wie weit und in welcher Form für das Thema "homo- und transphobe Gewalt" sensibilisiert werden kann.

zu 5.2.)

Das es Frauenhäuser gibt, ist einerseits eine Schande und zugleich eine Erfolgsgeschichte. Diese Einrichtungsform weiterzuentwickeln kann ein wirksames Mittel zum Schutz von Individuen sein. Grundsätzlich darf es nicht sein, dass Menschen aufgrund mangelnder Schutzangebote von staatlicher Seite Gewalt, Bedrohung oder Herabwürdigung nicht nur zu erleiden, sondern sogar zu erdulden haben.

zu 5.3.)

Auch die Fragen 5.1 und 5.2 schreien nach quantitativer Grundlage. DIE LINKE kritisierte am von der Landesregierung initiierten Aktionsplan vor allem seine fehlende empirische Grundlage. Wo und wie findet homo- und transphobie in Schleswig-Holstein eigentlich konkret statt? Wo müssen Schwerpunkte der Bekämpfung gesetzt werden und wo kann Aktivität ansetzen? Diese Daten

fehlen. Beim Aktionsplan des rot-rot regierten Berlins waren sie die Grundlage, auf welcher das entsprechende Handlungskonzept aufgebaut wurde. In Schleswig-Holstein haben wir einerseits die Erfahrung von in diesem Feld seit Jahrzehnten tätigen Akteuren, andererseits gab es Fachtagungen mit allgemeinen Zahlen aus Studien, die in anderen Bundesländern durchgeführt wurden (Berlin war auch dabei). Die statistische Erfassung von Delikten in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik kann hierfür ein erster Schritt sein.

zu 6.1.)

Wir wissen: Familie hat viele Gesichter. Die alleinerziehende Mutter, die Patchworkfamilie, Regenbogenfamilie, Groß- und Kleinfamilien. Eine jede hat es verdient, dass sie von der Gesellschaft respektiert und geachtet wird. Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen.

zu 7.1.)

Ein beliebter Kniff derzeit herrschender Politik ist es, die institutionelle Förderung zu kürzen, um hiernach die Mittel als Projektförderung wieder Vereinen und Verbänden zufließen zu lassen. In Schleswig-Holstein ist genau das passiert. Nachdem Schwarz-Gelb verantwortungslos mit dem Rasenmäher gekürzt hat, haben SPD, Grüne und SSW dieses nicht etwa rückgängig gemacht, sondern die Mittel projektbezogen zurückfließen lassen. Hierdurch verschärft sich der Druck auf das Ehrenamt. Es entstehen Überforderung und Unsicherheit. Nachhaltige Wirkungsentfaltung wird gehemmt. Wichtig ist deshalb, die Mittel nicht weiter dazu zu nutzen, die elementaren Problemlösungen auf das Ehrenamt abzuwälzen. DIE LINKE unterstützt alle Selbsthilfeprojekte, die hier seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit leisten und Menschen unterstützen, die Hilfe benötigen. Die von uns geforderte Mittelaufstockung muss deswegen statt kurzfristiger Projektförderung die Professionalisierung bestehender und entstehender Strukturen im Blick haben. Um wirken zu können, müssen Projekte langfristig koordiniert und fachlich angemessen betreut werden.

zu 8.1.)

Mit Stolz haben wir verfolgt, wie der LINKE Ministerpräsident Bodo Ramelow dem LSVD einen Sitz im Rundfunkrat verschafft hat. Wir wollen mindestens genauso cool sein.

zu 9.1.)

Ganz klar: Ja!

zu 9.2.)

Es gibt für DIE LINKE keine Familie zweiter Klasse. Gleichstellung heißt Gleichstellung in allen Bereichen, ansonsten ist es keine. Auch hier deshalb schlicht: Ja

zu 9.3.)

Der Gleichheitsartikel umfasst alle menschlichen Eigenschaften, die in der Nazi-Barbarei den Weg in die Vernichtungslager eröffneten. Ausgenommen die sexuelle Identität. Nicht nur dass der Opfergruppe der Homosexuellen beim Fundament des neu entstandenen Deutschlands bisher ausgespart wurden: Dass "sexuelle Identität" nicht im Gleichheitsartikel des Grundgesetzes auftauchen, ist nach wie vor ein Signal an homophobe Menschen, dass ihr Hass weniger schlimm sei, als beispielsweise offener Rassismus. DIE LINKE unterstützt daher die Initiative, Artikel 3 im Grundgesetz entsprechend zu ergänzen.

zu 9.4.)

DIE LINKE wird in Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative anstoßen, die einfordert, dass Menschen bei der Angabe ihres Geschlechtes neben männlich und weiblich ein X angeben können. Menschen mit Transgeschlechtlichkeit muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz auf Landesebene nicht beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche Identität ihnen ihr Pass aufzwingt.